

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 31

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Englisch-amerikanisches Zusammenspiel

Das britische Zurückweichen vor den Forderungen der japanischen Armee wurde von den Chinesen rasch verstanden. Niemand kann im Zweifel sein, wie stark der passive Widerstand Englands und wie weitreichend seine Verbindungen seien, vor allem aber, auf welche Fristen sich die Rechnungen Londons erstrecken; es ist eben so, daß Japan täglich seine Wirtschaft und seine militärischen Kräfte anspannt und abnutzt, wogegen die Engländer gewissermaßen Kraft auf Kraft häufen und gewillt sind, an dem Tage diese Kräfte in die Waagschale zu werfen, da die andern sich abgenutzt haben . . . die Japaner und die andern!

Wichtig ist das Zusammenspiel Englands mit den Vereinigten Staaten. Die Zeitungen haben gerätselt und umsonst herauszubringen gesucht, ob Washington und London „planmäßig und verabredet“ handeln, oder ob USA nur zufällig und auf eigene Faust Chinapolitik treiben. Man kann darüber zweifeln und mutmaßen. Der letzte Hieb Roosevelts gegen Japan sieht gar nicht nach Zufall und Planlosigkeit aus. Er ist genau in dem Moment erfolgt, da England angeblich vor den Japanern zu Kreuze trock und das Prestige der Weißen im chinesischen Volke schwere Einbußen erlitt.

Die Kündigung des Handelsvertrages mit Japan durch die Regierung von USA machte die britische Scharte weht. Die Welt hat allenthalben begriffen, was der Schritt Roosevelts bedeute. In einem halben Jahre kann Amerika die Zufuhren Japans unterbinden . . . wenn die Kündigungsfrist abgelaufen sein wird. Kriegswichtige Rohstoffe, die Japan aus Amerika bezieht, können von einem Tag auf den andern gesperrt werden. Besser: Könnten! Natürlich wird wieder das Profitinteresse der Lieferanten dazwischen funken. Mittelsmänner aus weiß Gott welchen neutralen Staaten werden auf eigene Rechnung kaufen und die Ware nach Japan weiter liefern. Immerhin bedeutet das Verteuerungen und Verschleppungen. Schwerer wird für Japan die Tatsache sein, daß seine Seide, die zum Großteil nach den Vereinigten Staaten geht, anderen Absatz suchen müßte; die Wirkungen für Handel und Währung Japans kann man sich denken.

Der amerikanische Schritt hat also, wenn er ernst gemeint ist, erst für die Zukunft materielle Wirkungen; für die Gegenwart sind die moralischen wichtiger. China und die mit ihm sympathisierende Welt fühlen irgendwo einen Mächtigen, der an der Rettung des unabhängigen „Reiches der Mitte“ interessiert scheint; man wird diese Sympathien sogar noch höher bewerten, als sie vielleicht zu bewerten sind. Wird sich wunder was einbilden auf die Entschlossenheit der Amerikaner . . . und darum selbst den Mut zu eigenen Taten fassen.

Das gilt für England: Seine Unterhändler legen den extremen Forderungen Japans immer neue Schwierigkeiten in den Weg. Nach Unterzeichnung jener allgemeinen Formel über die Anerkennung der japanischen Armee-Erfordernisse in China, die rein theoretisch waren, kamen die materiellen Punkte dran. Leichten Herzens opferten die Engländer die vier Attentäter, die den japanischen Zollbeamten erschossen hatten . . . es sind „nur vier Chinesen“! Dieser vier Leute wegen wurde ja die englische Konzession in Tientsin blockiert! Weit schwereren Herzens werden sie in die Auslieferung der chinesischen Silberstücke einwilligen . . . das heißt, sie werden vielleicht erst ja sagen, wenn diese Werte aus Tientsin verschwunden sind.

Es ist für die Engländer wichtig zu sehen, wie scharf die amerikanische Presse auf das erste Nachgeben reagiert hat und wie sie weiterhin mobil bleibt. Möglicherweise hat

Roosevelt den Handelsvertrag so unerwartet gekündigt, weil die amerikanischen Zeitungen gerade über England empört waren und nach einer „starken Hand“ schrien. Zu andern Zeiten wäre diese merkwürdige Presse imstande, irgendwelche energischen Schritte des Präsidenten zu bekämpfen und ihm Eigenmächtigkeit oder gar diktatorische Gelüste vorzuwerfen. Die „Kunst des Möglichen“, als welche sich die Politik in allen Demokratien erweist, wurde von Roosevelt geschickt genutzt. Wenn die Situationen der letzten Wochen sich wiederholen sollten, könnte USA vielleicht auch wieder in gleicher Weise reagieren: Auf ein britisches Nachgeben, scheinbar oder wirklich, neue amerikanische Protestwelle, somit neue energische Schritte des Präsidenten, der die Stimmung ausnützen muß, um seine Ziele zu verfolgen.

Es gibt Optimisten, die vermuten, Roosevelt sei auf diese Weise vielleicht sogar imstande, die Schlappe gutzumachen, welche ihm seine Isolationisten beigebracht: Die Verschiebung der Debatte über das Neutralitätsgesetz, welche einer Ablehnung der Revision dieses Gesetzes gleichkommt, könnte widerrufen werden. Jedenfalls hat der Präsident wieder Luft gewonnen, hat Gelegenheit bekommen, aktiv zu sein, und mit ihm gewann auch England Luft.

Wie weit die Geste Amerikas auf Rußland wirkt, wissen wir nicht; im Zusammenhang mit dem britischen Zurückweichen in Tokio hat sie bestimmt „aufgelockert“, was sich in den Verhandlungen verstoßte. Es ist nun so weit, daß die Engländer und Franzosen militärische Bevollmächtigte nach Moskau senden . . . die von den Russen geforderten Generalstabsbesprechungen werden also Wirklichkeit. Chamberlain hat im Unterhaus die Namen der Unterhändler bekannt gegeben. Ein britischer Admiral fährt zu Stalin . . .

Nach diesem wichtigen, vielleicht entscheidenden Zugeständnis der westlichen Mächte gewinnt man irgendwie Gewißheit und nimmt an, das Bündnis sei nun so gut wie gesichert, auch wenn die Verhandlungen noch Wochen dauern sollten. Die Russen selbst haben den Eindruck gewonnen, daß in England ein realer Bündniswille vorhanden sei . . . daß aber dieser Wille nicht auf die Folter gespannt werden dürfe . . . Man sieht Old England etwas klarer: Es ist willig, aber es wird, wenn es nicht anders geht, sich mit Japan vertragen, sich auf USA stützen und allenfalls Rußland allein lassen, falls Rußland zu weit geht! Darum scheint die russische Bereitschaft zu wachsen.

Griff nach den irischen Terroristen

Das britische Parlament hat ein besonderes Gesetz verabschiedet, das der Polizei die Rechte gibt, die sie braucht, um gegen die Attentäter der „IRA“, der „Irishen Republikanischen Armee“ vorzugehen. Ein Gesetz, das mit gewissen spezifisch englischen Freiheitsrechten Schluß macht; diese Rechte, das sahen die Parlamentarier ein, konnten sich direkt gegen die Sicherheit des Landes wenden. Es ist schön, zu wissen, daß man prinzipiell nicht verhaftet werden kann, bevor nicht der Beweis eines begangenen Verbrechens vorliegt, und sehr schön, daß die Polizei nicht willkürlich Häuser durchsuchen darf. Wenn aber Pläne austauschen, die regelrechte Revolutions- und Hochverratspläne sind, dann müssen die Sicherheitsorgane durchgreifen können.

Vielleicht wären die Volksvertreter auch jetzt noch nicht für das neue Gesetz zu haben gewesen, wäre nicht die Regierung mit einer unheimlichen Enthüllung vor die Herren getreten. Die Pläne der Terrorbande seien, so lautete die Ankündigung, von einer fremden Macht inspiriert und im Zusammenhang mit diesen ausländischen Anregern ausgearbeitet worden; es sehe genau so aus, als ob ein fremder Gene-

ralstab sie entworfen. Und was wollten diese fremden Militärs, die sich der irischen Extremisten zu bedienen gedachten? Unter anderm sollte das Parlament in die Luft gesprengt werden. Man denke sich die britischen Bürger und den Eindruck, den solche Nachrichten auf sie machen müssen! Daß daneben Eisenbahnen, Brücken, militärische Einrichtungen, Elektrizitätswerke gesprengt werden sollten, daß auf den kommenden Herbst eine Terrorwelle durch ganz England gerollt sein würde, wenn man die Anschläge nicht entdeckt . . . daß von einem bestimmten Moment an keine Rücksicht mehr auf Menschenopfer genommen werden sollte: Punkt um Punkt scheint wie geschaffen, die britische Seele mit kaltem Zorn gegen den fremden Anstifter zu laden; die wortlose Entschlossenheit, sich zu verteidigen, muß sich nach und nach in den Willen wandeln, den Herd der Unruhen selbst anzugreifen.

Die irische Regierung de Valeras hat das „Antiterrorgesetz“ Englands begrüßt. Sie selbst hat ein gleiches Gesetz schon vor einiger Zeit verabschiedet. Nun arbeiten London und Dublin zusammen. Die ausgewiesenen Iren, die sofort unter scharfer Bewachung nach der Insel hinüber geschafft werden, verfallen den heimischen Gerichten, die nicht sanfter als die englischen urteilen werden. De Valera hat in einem öffentlichen Interview die britischen Maßnahmen gutgeheißen, aber auch von der „andern Seite“ gesprochen, nämlich von der irischen Forderung nach Nordirland. Es liege aber an London, diesen verbliebenen Rest des historischen Unrechts gutzumachen und die ganze Insel zu vereinigen. Vielleicht ist er auf dem besten Wege, mit dieser letzten irischen Hoffnung durchzudringen. Wenn England den letzten Vorwand für die „IRA“-Untaten beseitigen will, muß Irland voll befriedigt werden. Es wird dann auch unverbrüchliche „Reichstreue“ halten . . .

Stille oder laute Nationalratswahlen.

Es ist angeregt worden, dies Jahr auf die üblichen Wahlkämpfe zu verzichten und womöglich die Wahlhandlungen abzukürzen, d. h. alle Kandidaten, die „fest“ sitzen und deren Sitze nicht von andern Anwärtern beansprucht werden oder gerade verwaist sind, einfach zu bestätigen; gelegentlich wird ja da und dort eine stille Wahl in solcher Art durchgeführt.

Die Gründe für solche Ausschaltung der angeblich beunruhigenden Wahlen werden in den „Zeitläuften“ gesucht; man findet, es wäre das beste, sich den Lugas vieler Reden, Zeitungsartikel und Geldausgaben zu schenken; der oder jener möchte vielleicht sogar das französische Beispiel nachahmen . . . durch Dekret die Legislaturperiode des jetzigen Parlaments verlängern, wenn das ginge . . .

Wir finden, es sei mit solchen Gründen nichts. Die Zeitläufte sind ernst, aber mit gleichem Rechte könnten wir jederzeit behaupten, sie seien „besonders“, und man würde besser tun usw. Es ist nicht zu verkennen, daß die Befürworter der „stillen Wahlen“ andere Sehnsüchte in den Herzen haben. Dieses „Nichtstören“ gleicht eher dem Wunsche, „nicht gestört zu werden“. Man weiß, daß sich keine großen Verschiebungen ergeben werden; keine Partei hat heute Aussicht, mehr als einige wenige Mandate zu erobern oder . . . zu verlieren; diese Verschiebungen sind in der Tat geringfügig, und man hat die Konsequenzen gezogen und sich allerorten gesagt, daß es gilt, zusammen zu arbeiten. Daraus aber abzuleiten, es genüge, die einmal gewählten Herren einfach amtierend zu lassen, da sie ja ihre Sache genau so gut und so schlecht machen wie ein neu gewähltes, nur um wenige Köpfe verändertes Parlament, geht nicht. Fängt man mit der Sistierung der Wahlen einmal an, dann ist das nichts anderes, als wenn der Bundesrat Abstimmungen verhindert und „Dringlichkeit“ beschließen läßt. Man hat soeben diese Dringlichkeitspraxis auf ordentliche Füße gestellt und ihren Mißbrauch gestoppt . . . nun soll man nicht auf andern Wegen eine entsprechende Ausschaltung der Wahl- und Abstimmungsbürger versuchen. Man könnte sich „daran gewöh-

nen“ . . . könnte am Ende finden, es sei besser, nicht von den einmal eroberten Sesseln aufgeschreckt zu werden.

Nun, die Sache liegt bei den Parteien, und so lange nicht ein Vorstoß versucht wird, der weiter geht als reine Parteianregungen gegenüber andern Parteien, ist's nicht gefährlich; die Wahlen müssen gesetzmäßig stattfinden. Erst wenn sich ein Parlament finden würde, das „Wahlen sistieren“ wollte, müßte man Alarm schlagen. Die Unregung „allgemein stiller Wahlen“ aber ist immerhin ein aus derselben Gegend wehender Wind!

Es ist für die Herren Gewählten mehr als nur gut, sich nach einer Legislaturperiode wieder „vom Volkswillen wägen“ zu lassen. Und für die Parteiprogramme wäre es ein böser Schaden, wenn sie nicht immer wieder in öffentlichen Debatten gegeneinander gehalten und auf ihre Zugkraft erprobt werden müßten. Sowieso arbeiten ja die Gehirne der Mehrzahl langsam, und die Masse als solche braucht viel länger als der Einzelne, um Ideen zu packen oder fallen zu lassen . . . man nehme der Masse nicht die „Denkgelegenheiten“! Es wird so viel von unserer „Tradition“ gesprochen . . . man vergesse nicht, daß diese lebendige Tradition, der wir die politische Volksreise verdanken, aus der immerwährend geübten Wahl- und Abstimmungspraxis besteht und nicht abgebrochen werden soll.

Freilich, wenn wir diese „stillen“ Wahlen nicht wünschen dürfen, die „lauten“ sind bestimmt in dieser Zeit zu dämpfen. Wenn wir im Herbst einmal einen Wahlkampf erleben dürften, in welchem jede Partei sachlich ihr eigenes Programm darlegen und beweisen würde, wie eifrig dieses Programm das Wohl des Ganzen fördere, und wenn sie verzichten würden, die Beweise vor allem durch das Heruntermachen der Gegner zu bringen, dann wüßten wir, wie wertvoll die Wahlhandlung für die Erziehung unserer demokratischen Bürger in der Tat sei.

August 1914.

August 1939 ist bis heute nicht das geworden, was wir befürchteten, nicht die Wiederholung des Katastrophenmonats von 1914. Hoffen wir, daß auch seine Folgezeit nicht der von anno 14 gleiche.

Wer es erlebt hat, weiß, was damals alles zusammenstürzte, weiß, wie überrascht die Menschen waren, als alle Träume des zivilen Daseins so plötzlich als schöne Illusionen zerfloßen. Panik ergriff die Menge. Man hamsterte, trieb die Waren in die Lächer der Spekulation, jagte die Preise in die Höhe und sah sich schon verhungert. Man zitterte vor Furcht . . . einige Tage lang . . .

Derweil die Armee sich besammelte und an die Grenze fuhr, entschlossen, keinen durchzulassen . . . und froh, daß keiner daran dachte, uns wie die Belgier zu überfallen. Es war wie ein Bann über allen . . . etwas Ungeheures geschah, aber man wußte nur, daß man mitgetragen, mitgetrieben wurde, und daß man wollte, was zu wollen war: Keinen durchlassen!

Dann glättete sich, nach einigen Wochen, die erste Erregung. Schon gab es welche, die herausfanden, die Zeit sei günstig, auf ungewöhnliche Weise Geschäfte zu machen. Der Anfang der Schieberei war da; die Parasiten, die in neutralen Ländern ihre besondern Domänen witterten, schossen auf . . . national und international. Die ersten Spaltpilze der entschlossenen Volksgemeinschaft begannen zu keimen.

Und dann keimten weitere: Als wir sahen, daß wir nur Zuschauer bleiben durften, nicht Mithandelnde, erinnerten wir uns der Sympathien, die uns mit der einen oder andern kämpfenden Front verbanden, und unvermerkt öffnete sich der Graben zwischen Welsch und Deutsch . . . zum „sozialen Graben“, an dem die Schieber die ersten Spatenstiche taten, kam ein neuer . . .

Das alles begann schon in jenem August . . . als wir sahen, daß wir bewahrt werden sollten vor Blutopfern. Erinnern wir uns in diesen Tagen daran, wie es damals begann . . .

—an—